

**Ombudsstelle SRG.D**

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung  
Kurt Schöbi, Co-Leitung  
c/o SRG Deutschschweiz  
Fernsehstrasse 1-4  
8052 Zürich

E-Mail: [leitung@ombudsstellesrgd.ch](mailto:leitung@ombudsstellesrgd.ch)

Zürich, 6. Oktober 2021

**Dossier Nr 7968, «SRF4 News», «Streik in dänischen Spitälern» vom  
9. September 2021**

Sehr geehrter Herr X

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 10. September 2021, worin Sie obige Sendung wie folgt beanstanden:

*«Die Sendung und das Transkript auf der Internetseite  
( <https://www.srf.ch/news/international/streiks-in-daenischen-spitaelern-daenemark-freude-in-der-bevoelkerung-frust-im-gesundheitswesen> ) enthalten diverse Fehler und Ungenauigkeiten, welche die Situation stark verzerren.  
Das Sachgerechtigkeitsgebot scheint mir verletzt.*

*Sehr einfach zu widerlegen ist die Aussage, dass per 10.09.2021 alle in Dänemark eine dritte Impfung angeboten bekommen. Lediglich 50'000 Hochrisikopatienten bekommen eine dritte Impfung angeboten im Moment (Pflegeheimbewohner, Organtransplantierte, Chemotherapiepatienten). Eine Quelle (auf Deutsch) ist hier einsehbar:  
<https://www.nordschleswiger.dk/de/daenemark-gesellschaft/dritte-corona-spritze-fuer-50000-krank-buergerinnen-und-buerger>*

*Solch ein Fehler (zumal eine dritte Impfung, wie korrekt erwähnt, noch nicht von der EMA zugelassen ist) schürt meiner Meinung nach unnötigerweise die Panik von Ungeimpften in der Schweiz, dass man sich in Zukunft immer wieder impfen lassen müsse, es nie aufhören würde und die Impfung ungenügend erforscht sei, etc.*

*Weiter verknüpft die Sendung / der Artikel die Streiks des Gesundheitspersonals mit dem Pandemieende. Es wird nicht erwähnt, dass die Streiks seit dem 19. Juni in Gang sind, sondern es wird gegenteilig behauptet, dass die Regierung Streiks bislang mittels Pandemiegesetz verhindert habe.*

*Diese Aussage ist jedoch falsch, die Regierung hat dem Parlament ein "Eilgesetz" (Hastelov) vorgelegt, welches durch eine Mehrzahl des Parlaments bei einer ordentlichen Abstimmung angenommen wurde und dadurch den Streik beendet hat. Als Folge sind nun die einstündigen, sogenannten "wilden Streiks" als Protest gegen diese Einmischung der Regierung in die Tarifverhandlungen aufgekommen.*

*Allerdings wurde kein Pandemiegesetz oder ähnliches dafür verwendet! Auch diese Aussage schürt meiner Ansicht nach unnötig die Angst von Corona-Skeptikern, dass die Pandemie nur zur Unterdrückung genützt werde, etc.*

*Der Hauptgrund für die Streiks (nämlich das in der weiblich dominierten Pflegebranche die Löhne niedriger sind als in Staatsbranchen, welche männlich dominiert sind, wie zum Beispiel bei der Müllabfuhr oder im Strassenbau) wird überhaupt nicht erwähnt.*

*Im Gegenteil, es wird angedeutet, die Streiks hätten hauptsächlich mit Corona zu tun. Es werden die folgenden Argumente angeführt, welche so nicht stimmen:*

*"Im Sommer wurden coronabedingt auch viele Ferien gestrichen." und*

*"Das Gesundheitspersonal sieht, dass eine grosse Pflegeschuld besteht – also viele Operationen aufgeschoben wurden..."*

*Korrekt wäre hingegen:*

*Aufgrund des Streiks (seit dem 19. Juni) mussten Operationen verschoben werden und aufgrund des Streiks mussten auch Ferien gestrichen werden. Wenn man die niedrigen Todeszahlen anschaut, in Dänemark seit Februar, dann müsste bei der Recherche auffallen, dass die Spitäler durch Corona beinahe nicht belastet waren im letzten Halbjahr und die Argumentation in der Sendung nicht verhalten kann.*

*Eine deutschsprachige Quelle finden sie hier:*

*<https://www.nordschleswiger.dk/de/daenemark-gesellschaft/streik-des-krankenpflegepersonals-danske-regioner-laedt-zum-treffen>*

*Eine Quelle zu den verschobenen Operationen und zum Eilgesetz finden sie hier (auf dänisch): <https://www.dr.dk/nyheder/penge/sygeplejerskernes-formand-det-er-en-utrolig-kritisk-situation>*

*Zu den verschobenen Ferientagen (auf Dänisch): <https://www.dr.dk/nyheder/penge/strejke-udloeser-feriepukkel-sygeplejersker-har-tusindvis-af-feriedage-til-gode>*

*Die Sendung endet mit:*

*"Dänemark hat politisch beschlossen, dass die Pandemie vorbei ist. Aber man muss wohl einsehen: Die Pandemie wird weiter bestehen."*

*Auch dieser Satz scheint mir wiederum nicht sachgerecht oder akkurat. Die dänische Regierung hat nicht einfach politisch motiviert beschlossen, dass die Pandemie vorbei sei, sondern kam aufgrund der niedrigen Belastung der Spitäler und der hohen Impfraten zum Schluss, dass mathematisch eine Überlastung der Spitäler nicht mehr möglich sei und dass deshalb von Sars-Cov-2 keine Gefahr mehr für die Gesellschaft ausgehe.*

*Niemand bestreitet hier, dass die Pandemie weiter besteht, sondern, dass die Zahl der Hospitalisierten nicht mehr exponentiell wachsen könne aufgrund der hohen Impfraten bei den Risikogruppen. Als Konsequenz wurde entschlossen die letzten Restriktionen zu entfernen.*

*Quelle hierfür (auf Dänisch): <https://www.dr.dk/nyheder/indland/covid-19-nedgraderes-fra-i-dag-har-sygdommen-en-anden-kategori>*

*(auf Deutsch): <https://www.nordschleswiger.dk/de/daenemark-politik/daenemark-erklaert-corona-pandemie-fuer-beendet>*

*Abschliessend möchte ich sagen, dass ich als in Dänemark wohnhafter Auslandsschweizer über diese Sendung schockiert war. Mein Vertrauen in die sachgerechte, akkurate Berichterstattung des SRF über Auslandsthemen wurde wohl nachhaltig gestört. Leider wurden meine Kommentare mit Fehlerberichtigungen und Anfrage nach Quellen nicht freigeschaltet im Internet. In der Hoffnung, dass diese Sendung nur ein Einzelfall war, möchte ich mich für die Arbeit der SRF-News Angestellten jedoch herzlich bedanken. Das SRF ist und bleibt eine wichtige Informationsquelle für mich als Auslandsschweizer.»*

Wir haben Ihre Kritik **der Redaktion** zur Stellungnahme zugestellt. Sie schreibt Folgendes:

Gerne nehmen wir Stellung zur Beanstandung. Sie bezieht sich auf das Korrespondenten-Gespräch zu den Streiks in dänischen Spitälern, welches am 9.9.2021 auf SRF4 News ausgestrahlt und in transkribierter und gekürzter Form an diesem Tag auch online publiziert wurde.

Der Beanstander sieht das Sachgerechtigkeitsgebot verletzt, insgesamt stellt er sich auf den Standpunkt, wir hätten mit der Berichterstattung die «Ängste der Corona-Skeptiker geschürt». Im Einzelnen macht er das an verschiedenen Stellen fest. Wir gehen im Folgenden auf die Punkte ein.

### **Das Streikverbot**

Mit dieser Feststellung hat der Beanstander Recht. Es war nicht das erwähnte Pandemiegesetz auf dessen Grundlage die Regierung die Streiks verbot. Grundlage war, wie in der Beanstandung erwähnt, ein entsprechendes Dekret, das vom Parlament verabschiedet wurde. Wir haben deshalb unterdessen im Online-Text und im eingepflegten Audio (Originalgespräch) die entsprechende Stelle angepasst und dem Artikel eine Byline zugefügt.

**Dritte Impfung**

Eine dritte Impfung sei lediglich 50'000 Hochrisikopatienten angeboten worden, moniert der Beanstander, anstatt, wie im Gespräch gesagt «allen ab 12 Jahren».

Hier liegt der Beanstander falsch. Das Angebot einer dritten Impfung für die erwähnten 50'000 Hochrisikopatienten bildete ein früheres Programm der dänischen Regierung.

Unterdessen und zum Zeitpunkt des Gesprächs beschlossen, wurde dieses ausgeweitet und so können jetzt alle über 12jährigen davon Gebrauch machen.

**Einschätzung zum Streik – Ursache oder Wirkung?**

Der Beanstander sieht im Gespräch eine falsche Darstellung der Ursachen, die zum Streik geführt hätten. Es werde «angedeutet», der Streik habe hauptsächlich mit Corona zu tun. Ebenso würden gestrichene Ferien und verschobene operative Eingriffe als Ursache statt als Folge des Streiks beschrieben.

Beide Aussagen beurteilen wir als nicht stichhaltig. Es mag sein, dass die Streikaktionen tatsächlich auch gewisse Pflegeleistungen verunmöglichten oder Ferien streikbedingt nicht bezogen werden konnten. Nach Einschätzungen unseres Korrespondenten bildeten diese beiden Faktoren aber ebenso eine der Ursachen des Streiks, insbesondere die verschobenen Eingriffe aus den Monaten vorher. Er hat das im Gespräch mit der Formulierung der «Pflegeschuld» zusammengefasst, also mit dem laufend zunehmenden Druck auf das Pflegepersonal. Natürlich ist die Situation auch im Kontext von Corona zu sehen. Allerdings wurde im Gespräch nirgends gesagt, dass die Unzufriedenheit des Personals «ausschliesslich» auf die Folgen der Pandemie zurückzuführen sei. Bestimmt ist - oder besser war - der Streik auch mit langfristigen Problemen (z.B. Löhne) begründet, die an sich nichts mit der Coronasituation zu tun haben, aber auch solche Faktoren erhielten während der Pandemie zusätzliches Gewicht. Insofern greift die Kritik der Beanstandung in diesem Punkt zu kurz.

**Das «politische Ende» der Pandemie**

Der Beanstander kritisiert auch diese Formulierung, die Regierung habe «nicht einfach politisch motiviert» gehandelt. Vermutlich ist damit gemeint, sie habe nicht parteipolitisch oder ideologisch motiviert gehandelt.

Das wurde aber auch nicht gesagt. Behördliche Massnahmen, durch eine Exekutive beschlossen, sind Ergebnis eines politischen Prozesses. Es handelt «die Politik» und nicht zum Beispiel «die Sozialpartner», «die Wissenschaft» oder «die Verwaltung». Das gilt bei der Inkraftsetzung der Massnahmen, ebenso wie bei der Beendigung. So und nur so war die Formulierung gemeint und zu verstehen.

**Fazit**

Der Beanstander hat mit dem Verweis auf das Hastelov-Dekret einen Punkt angesprochen, den wir als Fehler erkannt und korrigiert haben. Darüber hinaus ist die Darstellung des Themas in diesem Gespräch, respektive dem leicht gekürzten Online-Transkript aus unserer Sicht sachgerecht und korrekt. Den Hintergrund der Streikmotive hätte man ev. auch noch weiter fassen und auf Faktoren vor der Pandemie zurückführen können. Allerdings ging es in diesem Gespräch nicht um die Situation des Personals im dänischen Gesundheitsbereich generell, sondern um die Aktualität und diese wird/wurde geprägt durch den Streik, respektive das Streikverbot und das behördlich verhängte Ende der Massnahmen gegen die Pandemie. Auf diese drei Elemente bezog sich die Berichterstattung im vorliegenden Fall.

**Die Ombudsstelle** hat sich den Beitrag ebenfalls genau angeschaut und sich mit Ihrer Kritik befasst.

In der Online-Version steht am Schluss der Satz «Die aktuelle Artikel-Version wurde nach einer Zuschrift eines Lesers leicht angepasst.»

(<https://www.srf.ch/news/international/streiks-in-daenischen-spitaelern-daenemark-freude-in-der-bevoelkerung-frust-im-gesundheitswesen>)

Damit wird auf die Korrektur über den Grund des Streikverbots verwiesen, die aufgrund einer berechtigten Kritik des Beanstanders erfolgte. In diesem Punkt wurde das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 tatsächlich verletzt, was die Redaktion aufgrund ihrer Korrektur eingesehen hat.

Inwiefern Hintergründe der Streikmotive noch weiter hätten gefasst werden müssen/können, darüber kann man geteilter Meinung sein. Ein gewichtiger Grund für die Streiks mögen u.a. die niedrigen Löhne in der Pflegebranche sein, wie dies der Beanstander erwähnt. Der Auslöser für die «aktuellen» Streiks aber waren sie nicht, weshalb sie in der Berichterstattung über das (tages)aktuelle Geschehen nicht zwingend einbezogen werden mussten. Hingegen kann nicht in Abrede gestellt werden, dass «Corona» die aktuelle Situation mitverantwortet und auch die Unzufriedenheit im Gesundheitswesen mitprägt.

Auf die einzelnen Kritikpunkte möchten wir nicht mehr detailliert eingehen, da die Redaktion dies ausführlich und nachvollziehbar gemacht hat. SRF denkt in der Sendungsproduktion in erster Linie an die in der Schweiz lebende Bevölkerung. Es liegt wohl in der Natur der Sache, dass bei der Auslandberichterstattung diejenigen, die im betreffenden Ausland leben und sich eine Sendung anhören, die primär für die in der Schweiz Lebenden ausgestrahlt wird, genauer im Bild sind und dementsprechend sorgfältiger hinhören bzw. hinschauen. Gewisse Aussagen mögen in den Ohren der im Ausland Lebenden, die natürlich besser im Bild sind als die in der Schweiz Lebenden, falsch oder ungenau tönen. Wesentlich ist aber, dass der vermittelte Gesamteindruck nicht meinungsverfälschend ist. Und das ist im beanstandeten und korrigierten Beitrag auch nicht der Fall.

Im einen Kritikpunkt wurde das Sachgerechtigkeitsgebot verletzt. Bei den weiteren Punkten können wir keinen Verstoss gegen Art.4 des Radio- und Fernsehgesetzes RTVG feststellen.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG.D